

jung denken • nrw bewegen



***Beschlossene Initiativanträge des
37. NRW-Tages der Jungen Union,
6./7. November 2004
in Hagen***

ju
junge union
NRW

1. Die Ukraine muss europäische Standards im Wahlkampf einhalten!

In der Ukraine überschatteten Übergriffe von Polizei-, Miliz- und Staatssicherheitsdiensten gegen die demokratische Opposition den Wahlkampf zur ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004. Mit willkürlichen Verhaftungen, Niederschlagungen von Wahlkampfveranstaltungen, einem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Kandidaten der demokratischen Opposition, Victor Juschtschenko, und systematischen Behinderungen der Wähler verletzen die Staatsorgane unter dem amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma und dem amtierenden Ministerpräsidenten und Präsidentschaftskandidaten, Victor Janukowitsch, eine Vielzahl europäischer Standards von Demokratie und Rechtsstaat.*

Das Rennen um die Präsidentschaft wird nach einem Unentschieden nun in der Stichwahl am 21. November 2004 entschieden. Die nächsten zwei Wahlkampfwochen lassen eine Zunahme der undemokratischen und teilweise kriminellen Aktivitäten des derzeitigen Regimes befürchten.

Deutschland und die Europäische Union (EU) haben ein strategisches Interesse an einer Weichenstellung zu mehr Demokratie, Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit in dem 50 Mio. Einwohner zählenden Land. Die Sicherung der EU-Außengrenzen, die wirtschaftliche Entwicklung der neuen EU-Mitgliedstaaten und die sowohl sicherheits- als auch energiepolitische Stabilität in der Region profitieren von einer europäischen Entwicklung der Ukraine. Insbesondere Tendenzen der Wiedereingliederung der Ukraine in den unmittelbaren Herrschaftsbereich Moskaus sind für die EU nicht akzeptabel.

Daher fordert die Junge Union NRW:

- von der derzeitigen ukrainischen Regierung die strikte Einhaltung sämtlicher europäischer Standards der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte bei der Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschaftswahlen;
- die Trennung von Partei- und staatlichem Machtapparat im Wahlkampf und die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit für alle Ukrainerinnen und Ukrainer;
- vom Europarat, der OSZE, der NATO sowie insbesondere von der Europäischen Union die Verstärkung des internationalen Drucks auf das Regime in Kiew.
- insbesondere für den Fall des Wahlsieges von Victor Juschtschenko, die Behandlung des Themas auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 17. Dezember 2004 in Brüssel bevor über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschieden wird. In diesem Zusammenhang weisen wir nochmals auf unseren Vorschlag einer umfassenden Strategie Privilegierter Europäischer Partnerschaften hin. Diese wird sowohl den vielfachen Defiziten der Türkei bei der Erfüllung europäischer Kriterien, den Zukunftsperspektiven einer demokratischen Ukraine als auch der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union selbst gerecht.
- von Bundeskanzler Schröder, Druck auf den scheidenden Präsidenten Kutschma auszuüben, um in den letzten Tagen des Wahlkampfes eine faire

Auseinandersetzung zu ermöglichen. Zudem soll Schröder Kutschma ermahnen, keine Stimmenaushählungen zu manipulieren.

In wenigen Tagen findet in der Ukraine die Stichwahl um das Amt des Präsidenten statt zwischen dem autokratischen Günstling von Präsident Kutschma, Jankowitch, und dem pro-westlichen, pro-europäischen und pro-atlantischen Oppositionspolitiker Juschtschenko. Der Wahlkampf ist alles andere als fair. Juschtschenkos Wahlhelfer und Wähler werden systematisch eingeschüchtert. Sogar ein Giftanschlag wurde auf Juschtschenko verübt.

Die Junge Union NRW fordert Bundeskanzler Schröder dazu auf, Druck auf den scheidenden Präsidenten Kutschma auszuüben, um in den letzten Tagen des Wahlkampfes eine faire Auseinandersetzung zu ermöglichen. Zudem soll Schröder Kutschma ermahnen, keine Stimmenaushählung zu manipulieren.

* Vgl. die Berichte der Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de), und der OSZE gemeinsam mit dem Europarat, dem Europäischen Parlament und der parlamentarischen Versammlung der NATO (www.osce.org).

2. Standortkommunen nicht im Regen stehen lassen!

Die von Bundesverteidigungsminister Struck bekannt gegebene Schließung von 105 Bundeswehrstandorten ist ein tiefer Einschnitt für die betroffenen Regionen. Mit dem Abbau ist ein erheblicher Verlust von Kaufkraft verbunden. Kleine und mittelständische Unternehmen verlieren ihren Auftraggeber und damit ihre Existenzgrundlage. Wohnungsleerstand und eine weiter steigende Arbeitslosigkeit werden die Folge sein.

In Nordrhein-Westfalen werden 13 Standorte komplett geschlossen, 9000 Setellen fallen weg. Zum Teil zieht sich die Bundeswehr komplett aus der Fläche zurück. So verliert allein das Münsterland bis zum Jahr 2010 3.000 Dienstposten. Im westlichen Münsterland wird es künftig keine Kaserne mehr geben.

Dieser radikale Einschlag ist weder aus sicherheitspolitischen, noch aus strukturpolitischen Gründen nachvollziehbar.

Die Junge Union NRW fordert daher die Offenlegung der Entscheidungsgründe für die Schließung der einzelnen Einrichtungen. Wenn der Bundesverteidigungsminister Verständnis für seine Entscheidung einfordert, müssen die Beweggründe für Schließungen nachvollziehbar offen gelegt werden.

Weiterhin sind Bund, Land und EU in der Pflicht, den betroffenen Regionen zu helfen. Daher fordert die Junge Union von der Bundes- und Landesregierung die Auflage eines Sofortprogramms zur Unterstützung der betroffenen Regionen.

Die ohnehin schon finanziell gebeutelten Kommunen sind allein nicht in der Lage, die Bundeswehrräume zu erwerben, zu entwickeln und einer neuen Nutzung zuzuführen. Auch beim Abbau von größtenteils überdimensionierter Infrastruktur – vom Straßenbau bis zur Wasserversorgung – sind sie allein überfordert.

Die Konversionsmaßnahmen müssen daher in erheblichem Umfang mit Finanzhilfen aus den Struktur- und Förderungsprogrammen des Bundes, des Landes und der europäischen Union unterstützt werden.

Gleichzeitig müssen die nicht mehr benötigten Liegenschaften zu vergünstigten Konditionen sowie schnell und unbürokratisch an die betroffenen Kommunen oder ansiedlungswilligen Unternehmen abgegeben werden.

Des Weiteren müssen die betroffenen Regionen bei Neuausrichtung der Standorte weitestgehend von bürokratischen Hemmnissen z.B. von einer langwierigen Änderung der Gebietsentwicklungspläne, entlastet werden.

Personalveränderungen müssen sozialverträglich abgewickelt werden. Um möglichst vielen Soldaten und Zivilbeschäftigten eine Beschäftigung und ein Verbleiben am bisherigen Standort zu ermöglichen müssen Umschulungsmaßnahmen und Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

3. Gesetzliche Regelung zur Neuverschuldung

Die Junge Union fordert, dass Nordrhein-Westfalen nach dem Vorbild Bayerns eine gesetzliche Regelung erhält, dass das Land ab dem Jahr 2010 keine neuen Schulden mehr machen darf.

Die ständige Schuldenmacherei der Regierung Schröder und Steinbrück gefährdet nicht nur die politische Handlungsfähigkeit in der Gegenwart, sondern untergräbt die finanzielle Basis für die Zukunft des Landes und der jungen Generation. NRW hat inzwischen mehr als 100 Mrd. Euro neue Schulden und bezahlt 5 Mrd. Euro jedes Jahr alleine für Zinsen. Eine Tilgung findet nicht statt. Das bedeutet: das Land wirtschaftet ganz brutal und rücksichtslos auf Kosten der Zukunft. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Finanzpolitik. Die nächste Wahlperiode des Landtags muss genutzt werden, um die jährliche Neuverschuldung auf null zu bringen. Das muss eine CDU-geführte Regierung als Ziel auf die eigenen Fahnen schreiben. Nur so gestalten wir die Zukunft.

4. „Staatsbürgerkunde für die Bundesregierung.“

Die Junge Union NRW fordert die Mitglieder der Bundesregierung auf, am Staatsbürgerkunde – Unterricht an einer Schule ihrer Wahl teilzunehmen. Nach Diskussionen über die Abschaffung des 3. Oktobers, der Ermahnung des Bundespräsidenten an Jürgen „Dosenpfand“ Trittin, beim Abspielen der Nationalhymne die Hände nicht in der Hosentasche zu lassen und weiteren Beispielen, ist dies dringend notwendig.